



Landkreistag Sachsen-Anhalt

Ausschuss für Gesundheit, Schule und Soziales

71. Sitzung am 18. Oktober 2022 in Magdeburg, Geschäftsstelle

TOP 6 Gesetzentwurf für ein Bürgergeld-Gesetz

Beschluss:

1. Der Fachausschuss lehnt das Bürgergeld-Gesetz in der vom Bundeskabinett beschlossenen Fassung ab. Das Ziel, die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt stärker in den Mittelpunkt zu stellen, wird nicht erreicht. Stattdessen werden Arbeitsanreize systematisch reduziert.
2. Der vorliegende Gesetzentwurf lässt für die Jobcenter der Landkreise einen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsmehraufwand erwarten. Finanzielle Belastungen werden den Landkreisen überdies bei den Kosten für Unterkunft und Heizung entstehen. Der Fachausschuss fordert daher den Bund und das Land auf, für den Mehraufwand der Landkreise einen angemessenen Ausgleich vorzusehen.
3. Die gesetzlichen Neuregelungen erfordern sehr grundlegende Umstellungen in den Fachverfahren der Jobcenter. Die Jobcenter benötigen zudem einen hinreichenden zeitlichen Vorlauf, um sich auch personell auf die geänderten Vorgaben einzurichten. Dies kann bis zum 1. Januar 2023 nicht erfolgreich gelingen, zumal die Jobcenter auch weiterhin durch die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter außerordentlich belastet sind. Der Fachausschuss appelliert deshalb an die Bundesregierung, die Neuregelungen frühestens zum 1. Juli 2023 in Kraft zu setzen.